

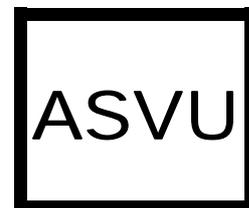
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt
Sitzungskennziffer: XVI / 11
Tag der Sitzung: Donnerstag, 07.10.2010

Sitzung Rathaus, Kl. Sitzungssaal Zi. 143

Dauer der Sitzung: 18:00 Uhr bis 20.07 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Herr Josef Hansen
Schriftführerin: Frau Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hansen, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt.
Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung.

Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Vor Einstieg in die Beschlussfassung über die Tagesordnung moniert Ausschussmitglied Hennig, CDU, die Niederschrift über die Sitzung des ASVU vom 02.09.2010 zu TOP A) 8. "P+R-Platz Hauptbahnhof". Hierin fehlen Angaben der CDU-Fraktion gemäß Anlage 2) zur Niederschrift.

Hierzu teilt der Leiter Fachbereich 2, Herr Braun, mit, dass sich die Zahl der wegfallenden Parkplätze voraussichtlich auf 10 Stellplätze reduzieren werde. Die Planunterlagen lägen der Bezirksregierung zwischenzeitlich vor. Die Frage der Zuschusschädlichkeit sei noch nicht beantwortet.

Die Tagesordnung wurde vom ASVU ohne Änderungen wie folgt einstimmig beschlossen:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Vorhaben gem. § 35 (1) 1 und (4) 6 BauGB - Außenbereichsvorhaben

- 1.1 Wiederaufbau eines landwirtschaftlich genutzten Stalles mit Lagerhalle nach Brandschaden, Zu den Maaren 16
- 1.2 Errichtung eines II-geschossigen Anbaus an ein Einfamilienhaus und Errichtung einer Doppelgarage, Am Wingertsberg 45
- 1.3 Aufstellen einer Extrusionsmaschine zur Ummantelung von Kupfer-, Messing- oder Stahlkabeln mit Silikonkautschuk in dem bestehenden Betriebsgebäude, Nepomucenusmühle 2

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 1.4 Teilung eines Grundstücks Prämienstraße / Talstraße
- 1.5 Erweiterung einer Garage, Tulpenweg 20
2. Verkehrsuntersuchung für das westliche Stolberger Stadtgebiet
3. Verkehrs- und Parksituation auf der Höhenstraße
4. Bergbauproblematik "Anna-Klöcker-Straße" (Information)
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 30.08.2010
5. Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Birkengangstraße in Höhe der Kindertagesstätte
6. Versuchsweise Getrennterfassung von Bioabfällen
7. B-Plan Nr. 157 "Schneidmühle";
hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 II BauGB und der Behörden gem. § 4 II BauGB sowie Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
8. Beschlusskontrolle
hier: Informationsvorlage
9. Maßnahmen zur Verkehrssicherung in der Ortslage Krewinkel;
hier: Ergebnisse der erneuten Bürgerbeteiligung
10. Standortwahl für die Dorflinde des Naturparks Nordeifel
11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Vorhaben gem. § 35 (1) 1 und (4) 6 BauGB - Außenbereichsvorhaben

- 1.1 Wiederaufbau eines landwirtschaftlich genutzten Stalles mit Lagerhalle nach Brandschaden, Zu den Maaren 16

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

- 1.2 Errichtung eines II-geschossigen Anbaus an ein Einfamilienhaus und Errichtung einer Doppelgarage, Am Wingertsberg 45

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

- 1.3 Aufstellen einer Extrusionsmaschine zur Ummantelung von Kupfer-, Messing- oder Stahlkabeln mit Silikonkautschuk in dem bestehenden Betriebsgebäude, Nepomucenusmühle 2

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 1.4 Teilung eines Grundstücks Prämienstraße / Talstraße

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

1.5 Erweiterung einer Garage, Tulpenweg 20

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

2. Verkehrsuntersuchung für das westliche Stolberger Stadtgebiet

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende, Herr Hansen, Frau Schwarz vom Büro IVV in Aachen.

In einer Beamerpräsentation erläutert Frau Schwarz die Untersuchungsergebnisse zur Verkehrsentwicklung für das westliche Stadtgebiet. Hierbei wurden speziell die anstehenden übergeordneten Straßenbaumaßnahmen (u.a. neuer Autobahnanschluss in Eilendorf sowie L 238 n) und die in Stolberg beabsichtigten Entwicklungen auf den Straßen im Stadtgebiet analysiert und beurteilt.

Als Fazit wurde herausgearbeitet, dass auf die westlichen Stadtteile, jedoch speziell auf den Stadtteil Atsch (L 23, L 236) sowie den Stadtteil Münsterbusch (L 221), eine deutliche Steigerung der Verkehrsbelastung zukommen wird.

Zur Entzerrung wurde im Konzept die Umsetzung einer Ortsumgehung Atsch sowie der Bau einer Nordtangente Breinig vorgeschlagen. Das Konzept liegt den Fraktionen in Papierform und als CD vor.

Im Anschluss an den Vortrag wurde im Ausschuss fraktionsübergreifend herausgestellt, dass es sowohl für die westlichen als auch für die östlichen Stadtteile erheblichen Handlungsbedarf gibt. Mit Inbetriebnahme der Autobahnanschlüsse und der L 238ngelte es, rechtzeitig im Vorfeld die Planung und den Bau der entsprechenden Entlastungsstraßen anzugehen. Da die Straßenbaulast für alle aufgezeigten Entlastungsstraßen beim Landesbetrieb Straßenbau NRW bzw. der StädteRegion liegt und zum Teil auch Nachbarkommunen mit "ins Boot" geholt werden müssen wurde angeregt, dass Rat und Verwaltung zwecks Einplanung der Maßnahmen frühzeitig mit einer Stimme und klaren Zielvorstellungen an die übergeordneten Behörden herantreten müssen. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, welchen Einfluss die Ergebnisse der beiden Konzepte aufeinander haben.

Von den im Ausschuss vertretenen Fraktionen wurde weiterer Beratungsbedarf angemeldet.

Damit die Thematik nicht aus dem Blickfeld gerät, wurde die Idee von Ausschussmitglied Blau, CDU, zur Einführung einer Zielkontrolle und die halbjährliche Berichterstattung erstmals im Januar 2011 durch die Verwaltung gegenüber dem ASVU aufgegriffen. Des Weiteren wurde die Anregung aufgegriffen, dass die Verwaltung bis März 2011 sukzessive in den betroffenen Ortsteilen Informationsveranstaltungen durchführen soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Endbericht der Verkehrsuntersuchung für das westliche Stolberger Stadtgebiet einmütig zu Kenntnis und meldet darüber hinaus aufgrund der vorgebrachten Informationen und Anregungen weiteren Beratungsbedarf an. Der ASVU beauftragt die Verwaltung einstimmig, eine sogenannte Zielkontrolle einzuführen und den Ausschuss halbjährlich über den Sach- und Verfahrensstand zu unterrichten. Außerdem beauftragt der ASVU die Verwaltung, bis März 2011 in den einzelnen

Ortschaften sukzessive Informationsveranstaltungen durchzuführen.

3. Verkehrs- und Parksituation auf der Höhenstraße

RM Kleinlein, SPD, stellt folgenden Antrag:

“Die Mehrheit von SPD, FDP und Bündnisgrünen greifen die Vorlage der Verwaltung zum Antrag der Bündnisgrünen auf:

- Die Abpollerung vor der Schule tragen wir mit.
- Gegenüber neben der Bäckerei vor der Ampel gesehen möchten wir auch eine Abpollerung installieren.

Die Mehrheit beantragt des Weiteren:

- Einrichten blaue Zone zeitlich abgestimmt mit den Geschäftsinhabern und Praxen der Höhenstraße, von Heidestraße bis Obere Donnerbergstraße.
- Sicherstellung des Abstands der parkenden Fahrzeuge nach den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung, Ecke Obere Donnerbergstraße-Höhenstraße neben dem Lokal Friedrichsecke.
- Die Verwaltung wird beauftragt nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, wie das Wenden im Bereich Höhenstraße (aufwärts) nicht mehr möglich aber mindestens erschwert wird. In der Josefstraße ist in dem Bereich ein Fußgängerüberweg der besonders von Schul- und Kindergartenkindern benutzt wird. Unfälle mit Blechschäden gibt es hier häufig
- Alle aufgetragenen Parktaschen sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern.”

Für die CDU-Fraktion beantragt RM Kirch wie folgt:

“Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Bericht der Verwaltung im Sachverhalt und den ergänzenden Bericht der Polizei zur Verkehrs- und Parksituation auf der Höhenstraße zur Kenntnis. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Ausführung der im Sachverhalt beschriebenen Markierungs-, Ausbesserungs- und Absperrmaßnahmen.

Darüber hinaus sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

- Abgrenzung des Fußweges durch Absperrpfosten gegenüber der Grundschule, vom Ende des Parkstreifens vor der Bäckerei bis zur Einmündung Untere Donnerbergstraße.
- Errichtung weiterer Poller vor der Grundschule von der Ampel bergauf bis zu den schon vorhandenen Pollern (hier halten sonst Autos, um Kinder ein- und aussteigen zu lassen).
- Verengung der Fahrbahn im Bereich der Fußgängerrampe vor der Grundschule durch rotweiße Baken (vgl. Atsch, Sebastianusstr.) und dementsprechende Markierung auf der Fahrbahn mit durchgezogener Linie (dadurch kann der Wartebereich für die Fußgänger optisch in die Straße hinein verlagert werden, ohne dass Kosten für Kaps anfallen).

- Freigabe der oberen beiden Parkplätze vor der Grundschule oder alternativ Verlängerung des Parkstreifens vor der Bäckerei.
- Versetzung oder Entfernung der Blumenkübel neben dem Parkplatz an der Kindertagesstätte Richtung Kirche. Dadurch können ein bis zwei weitere Parkplätze geschaffen werden.

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat, die für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht benötigten Mittel bereitzustellen.“

Unter Berücksichtigung und Einarbeitung der vorliegenden Fraktionsanträge bittet RM Engels, SPD, die Verwaltung um eine neue Vorlage.

RM Konrads, CDU, ist es unerklärlich, dass die massive Gefährdung der Kinder durch Autofahrer, welche einfach die rote Ampelschaltung ignorieren nicht geahndet wird. Außerdem zeigt er sich enttäuscht, dass keine der beteiligten Behörden in der Lage zu sein scheint, die Einhaltung des Halteverbotes gezielt zu kontrollieren. Er befürchtet, dass die Fahrzeuge nach der beantragten Abpollerung aus Gründen der "Bequemlichkeit" vor den Pollern parken und hierdurch den Fußgänger- und Autoverkehr noch mehr behindern bzw. gefährden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, die Abpollerung im Bereich des Fußgängerüberweges. Weiter vertagt er die Beratung und Beschlussfassung einmütig auf eine spätere Sitzung des Ausschusses. Die Verwaltung wird beauftragt, bis dahin die von den Fraktionen aufgeworfenen Fragen, Anregungen und Anträge in eine neue Vorlage einzuarbeiten.

4. Bergbauproblematik "Anna-Klöcker-Straße" (Information) hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 30.08.2010

RM Kirch bedankt sich bei der Verwaltung für die detaillierte Darstellung der zeitlichen Abfolge. Er stimmt mit dem Vorsitzenden Herrn Hansen überein, dass es augenscheinlich in vielen Punkten auf unterschiedlichsten Ebenen zu erheblichen Kommunikationsproblemen gekommen sei.

Herr Pickhardt, FB 1, gibt eine aktuelle Ergänzung der Chronologie zur Niederschrift [Anlage 3]).

Alsdann fragt Ausschussmitglied Hennig, CDU, warum von der Stadt im Jahr 2005 nach Zahlung der Entschädigung i.H.v. 75.000,- € an die VR-Bank weiterhin Bautätigkeit geduldet und darüber hinaus sogar weitere Baugenehmigungen erteilt wurden.

Des Weiteren möchte er wissen, mit welcher Begründung Familien in dem Glauben gelassen wurden, dass dort ohne Sorge gebaut werden könne.

Hierzu teilt Herr Pickhardt mit, dass die der VR-Bank seit dem 18.02.2005 vorliegenden Informationen erst im Juli 2010 an die Stadt Stolberg weitergereicht wurden.

Hierauf erläutert Herr Pickhardt: Die Stadt hat sich auf die Aussagen des von der Bank beauftragten Gutachters verlassen, dass eine Bebauung im Bereich der Schächte nur mit technischem Mehraufwand möglich sei. Dieser wurde mit der Zahlung abgegolten. Alle weiteren Grundstücke hat der Gutachter zur Bebauung "freigegeben". Insofern war

die Sache für die Stadt erledigt, zumal die Stadt natürlich nicht über vertiefte Kenntnisse in Bergbaufragen verfügt. Die "Schachtgrundstücke" sind bis heute nicht bebaut. Informationen darüber, dass es über die Schächte hinaus weitere bergbaubedingte Standsicherheitsprobleme durch abgebaute Lagerstätten geben könnte, ist der Stadt seitens der Bergbehörde erst Ende 2008 mitgeteilt worden, als alle potentiell betroffenen Häuser schon standen.

Hierauf erkundigt sich Herr Hennig, warum die Stadt bei fehlender Vorlage des angemahnten Gutachtens seinerzeit nicht energischer in die Bautätigkeit eingegriffen habe.

Herr Pickhardt räumt ein, dass man seinerzeit ggf. nicht energisch genug nachgehakt habe und die Angaben des Grundstückeigentümers bzw. Projektentwicklers (VR-Bank) und die Gutachter-Aussagen nicht in Zweifel gezogen habe, wobei man über das Gutachten selbst nicht verfügte. Seinerzeit war aber die Sensibilität in den Bergbaufragen noch nicht so hoch wie heute. Heute würde man in jedem Fall die Herausgabe der Gutachten einfordern und - aufgrund fehlender Fachkenntnisse in der Verwaltung - die Bergbehörden um Stellungnahme bitten.

Für RM Kirch ist - wie eingangs erwähnt - deutlich geworden, dass auf vielen Ebenen nicht miteinander kommuniziert wurde. Der Fall um das Baugebiet Anna-Klöcker-Straße müsse im Sinne aller Beteiligten aufgearbeitet werden. Er bittet die Verwaltung, die Chronologie auch an das APB weiterzuleiten und darüber hinaus den ASVU auch zukünftig über den weiteren Sach- und Verfahrensstand zeitnah zu informieren.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Bericht der Verwaltung einmütig zur Kenntnis.

5. Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Birkengangstraße in Höhe der Kindertagesstätte

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Verkehrssicherheit auf der Birkengangstraße im Sachverhalt einmütig zur Kenntnis und beschließt einstimmig den Einbau eines mobilen Fahrbahnteilers als Querungshilfe an der von der Verwaltung vorgeschlagenen Stelle sowie die im Sachverhalt beschriebenen ergänzenden Maßnahmen.

6. Versuchsweise Getrennterfassung von Bioabfällen

Für die SPD-Fraktion steht RM Engels dem Vorhaben positiv gegenüber. Seine Fraktion könne allerdings heute keinen Beschluss fassen. Er bittet die Verwaltung vielmehr bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses um die Beantwortung folgender Fragen:

- Warum muss für einen Versuch von 12 Monaten schon jetzt die Änderung der Abfallsatzung im nächsten HA / Rat beschlossen werden?
- Werden die Müllgebühren durch diesen Versuch für die BürgerInnen steigen? Wenn ja, in welcher Höhe?
- Muss die getrennte Bioabfallerfassung nach den Vorstellungen des ZEW auch

dann umgesetzt werden, wenn nach Beendigung des Versuchs betriebswirtschaftlich kein vernünftiges Ergebnis erzielt wurde (z.B. Vorhaltekosten für das System sind wesentlich höher, als die Einsparung bei der Restmüllentsorgung)?

- Wie soll dieser Versuch in der Bevölkerung Akzeptanz finden?
- Wie sieht die Öffentlichkeitsarbeit aus?
- Schriftliche Bestätigung der Verwaltung, dass es sich bei der Getrennterfassung des Bioabfalls an den ausgewiesenen Sammelstellen für den Bürger um Freiwilligkeit handelt.

Für die Fraktion DIE Linke gibt Ratsfrau Jilk die Getrennterfassung ab und gibt nachfolgende Fragen zu Protokoll:

- Soll nach der Versuchsphase der Bioabfall weiterhin an den Containerstandorten gesammelt werden?

Wenn ja, dann sind wir gegen diese Art der Biomüllsammlung.

1. Aus hygienischen Gründen. Verschmutzung der Containerstandorte durch daneben geschüttete Hausmüllabfälle und besonders im Sommer, das Auftreten von Ungeziefer wie Maden etc.
2. Weil es nicht für jeden Stolberger wegen der weit auseinander liegenden Containerstandorte möglich sein wird, diese Gelegenheit zu nutzen.

Wenn nein, dann sind wir dagegen, weil

1. Versuchsphase keinen Sinn macht, wenn hinterher die Bioabfallsammlung sowieso anders durchgeführt wird und
 2. für eine unsinnige Versuchsanordnung kein Geld ausgegeben werden soll.
- Warum wird die Versuchsphase nicht an einigen Haushalten mit einer Biotonne getestet, wie sie schon in einer Reihe von Kommunen eingesetzt werden?
Der Vorteil dieser Methode wäre es, dass man auf ein bewährtes Verfahren zurückgreifen könnte, und man könnte sich an Vergleichszahlen aus Kommunen, die dieses Verfahren schon einsetzen, orientieren.

Die Versuchsphase, wie im Beschlussvorschlag gefordert, wird von der Fraktion Die LINKE abgelehnt. Vielmehr soll die Verwaltung beauftragt werden, bei mehreren Kommunen, in denen die Biotonne zum Einsatz kommt, nachzufragen, wie die Bevölkerung die Tonnen annimmt, welche Kosten und welche Einsparpotentiale diese Methode hat und dem Ausschuss die Zahlen in einer neuen Vorlage möglichst kurzfristig zur Beratung vorlegen.

RM Kirch begrüßt das Vorhaben zur Reduzierung des Restmülls für die CDU-Fraktion ebenfalls.

Er bittet, der neuen Verwaltungsvorlage auch die fehlenden satzungsrechtlichen Vorgaben beizufügen. Außerdem soll die Verwaltung aufzeigen, wie sich die Restmüllreduzierung auf die Verbrennungskosten auswirken wird.

Auch seiner Fraktion ist das Aufzeigen der Öffentlichkeitsarbeit in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Wie soll der Bürger über den anstehenden Versuch

informiert werden? Weiter fragt er, ob die Stadt auch an der Verwertung der Bioabfälle beteiligt wird. Hierauf antwortet Herr Pickhardt, FB 1, dass die Stadt keine Erlöse aus der Verwertung des Komposts erzielen wird. Die Vorlage der ZEW-Satzung sagt er zu.

RM Konrads, CDU, erkundigt sich, wieso die Anliefermenge mit 60 ltr. festgelegt wurde. Außerdem weist er die Verwaltung darauf hin, dass es zu den Anlieferzeiten an den Sammelstellen zu Verkehrsproblemen kommen kann.

Abschließend erinnert RM Kirch daran, dass dem ASVU in seiner Eigenschaft als Umweltausschuss in der Vergangenheit zu Anfang eines jeden Jahres eine Informationsvorlage über die Entwicklung des Müllaufkommens und der Müllgewohnheiten auf StädteRegionesebene zur Kenntnis gegeben wurde. Diese vermisst er seit geraumer Zeit. Er bittet die Verwaltung, Anfang 2011 erneut eine diesbezügliche Informationsvorlage zu unterbreiten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt vertagt die Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP einstimmig auf die Novembersitzung des Ausschusses. Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, bis zu dieser Sitzung die aufgeworfenen Fragen in einer Ergänzungsvorlage zu beantworten.

7. B-Plan Nr. 157 "Schneidmühle":

hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 II BauGB und der Behörden gem. § 4 II BauGB sowie Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat zu beschließen:

A.1 Der Hinweis von dem Landesbetrieb Straßenbau bzgl. notwendiger Lärmschutzmaßnahmen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.

A 2.1 Der Forderung von A 63 zum Thema Altbergbau wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.

A.2.2 Der Forderung von A 63 bzgl. der Abwasserleitungen sowie der Regenwasserentsorgung wird innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens gefolgt werden.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.

A.2.3 Die Bedenken von A 63 bzgl. der Gebietsverträglichkeit werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.

A.2.4 Die Anmerkung von A 63 bzgl. der geplanten Erschließungsanlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.

A.2.5 Die Bedenken von A 63 bzgl. der dargestellten Höhenlagen werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.

- A.3 Der Hinweis von A FB 2/66 Gewässerschutz bzgl. der wasserrechtlichen Erlaubnis wird zur Kenntnis genommen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.**
- A.4 Der Forderung der StädteRegion Aachen, Umweltamt nach einer Gefährdungsabschätzung wurde nachgekommen. Der Forderung nach Abdeckung sämtlicher unversiegelter Flächen kann erst im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nachgekommen werden.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.**
- B. Sofern den Einzelbeschlussvorschlägen sowie dem angepassten Entwurf des Bebauungsplanes gefolgt wird, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / Rat den Bebauungsplan Nr. 157 „Schneidmühle“ als Satzung gem. § 10 (1) BauGB zu beschließen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.**
- C. den Flächennutzungsplan gem. § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung an den geänderten Bebauungsplan Nr. 157 „Schneidmühle“ anzupassen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig.**

**8. Beschlusskontrolle
hier: Informationsvorlage**

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Informationsvorlage bezüglich der Beschlusskontrolle einstimmig zur Kenntnis.

**9. Maßnahmen zur Verkehrssicherung in der Ortslage Krewinkel;
hier: Ergebnisse der erneuten Bürgerbeteiligung**

Für die CDU-Fraktion regt RM Konrads zu Protokoll an, das Ende des Zonenverbotes mit Schild 274/2 durch Versetzen des Schildes (im Weg Süssendeller Straße) von Krewinkeler Straße bis zum Ende des sog. Schulwaldes zu regeln. Durch diese verkehrsrechtliche Anordnung könne eine zusätzliche Beschilderung eingespart werden. Dieser Anregung schließt sich der Ausschuss einstimmig an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Bericht der Verwaltung zur erneuten Bürgerbeteiligung in Krewinkel, die geplanten Maßnahmen zur Verkehrssicherung und Verkehrsberuhigung betreffend, einstimmig zur Kenntnis.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Umsetzung der von der Verwaltung vorgestellten Maßnahmen, denen die Bürgerinnen und Bürger auf der erneuten Bürgerbeteiligung zugestimmt haben und beauftragt die Verwaltung mit ihrer Ausführung.

Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden, dass die Krewinkeler Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Testphase an 2 bis 3 Stellen in der

Straße Krewinkel zur Verkehrssicherung und Einhaltung der vorgeschriebenen Tempo-30 Regelung in Eigenregie Gabionen aufstellen. Die Abmessungen der Gabionen und die genauen Standorte sind zwischen der Verwaltung und den Krewinkeler Bürgerinnen und Bürgern abzustimmen. Die Verwaltung sichert die Gabionen-Standorte durch die notwendigen Fahrbahnmarkierungen und Beschilderungen. Sollte die Testphase erfolgreich verlaufen, können an weiteren Stellen in Krewinkel in Abstimmung mit der Verwaltung Gabionen aufgestellt werden; sollte sich die Maßnahme nicht bewähren, sind die Gabionen zu entfernen und durch andere Maßnahmen zu ersetzen.

10. Standortwahl für die Dorflinde des Naturparks Nordeifel

Ausschussmitglied Flamm begrüßt die Standortwahl und erkundigt sich bei der Verwaltung, ob mögliche Kabelführungen der Versorgungsträger im Untergrund berücksichtigt wurden. Dies wird von Herrn Braun, FB 2, bejaht.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, die Linde des Naturparks Nordeifel in Mausbach an die Einmündung der Schroiffstraße in der Dechant-Brock-Straße zu pflanzen.

11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

11.1 Aufgrund von Beschwerden aus der Bevölkerung regt RM Jussen, SPD, einen interfraktionellen Ortstermin am Ende des Radweges in der Rottstraße an. Vor Ort soll die unübersichtliche und hierdurch sehr gefährliche Situation für Radfahrer in Augenschein genommen und Maßnahmen zur Abhilfe erörtert werden.

11.2 Weiter regt RM Jussen, SPD, an, die Tempo-50-Geschwindigkeitsbegrenzung an den neuen Supermärkten in der Gressenicher Str. (Aldi und REWE) bis zum freistehenden Haus auf der linken Seite auszudehnen.

11.3 RM Jussen, SPD, erkundigt sich, wann die Fahrbahnschäden vor der Firma Kerpen Kabel bis zur Kreuzung Nachtigällchen beseitigt werden.

Nachträgliche Beantwortung durch die Verwaltung:

“Die Anhebung der Kanaldeckel wurde vom Landesbetrieb Straßenbau in Auftrag gegeben. Die Beseitigung der Schlaglöcher mit einer Tiefe von mehr als 4 cm wird in absehbarer Zeit vom Landesbetrieb durchgeführt. Alle anderen Straßenschäden werden erst im Zusammenhang mit dem Bau des Kreisverkehrs Nachtigällchen zur Ausführung gelangen. Aufgrund fehlender Haushaltsmittel kann der Landesbetrieb hierzu keine zeitlichen Angaben machen.”

11.4 RM Konrads, CDU, erinnert daran, dass die Straßenbau- und Umbauarbeiten im Einmündungsbereich Kaufland seinerzeit als äußerst dringlich eingestuft wurden. Er zeigt sich erstaunt, dass bis heute nichts geschehen sei.

Hierzu teilt der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, mit, dass die Arbeiten im Zusammenhang mit der Mängelbeseitigung an der Zweifaller Straße zur Ausführung gelangen werden.

11.5 Auf Nachfrage von RM Konrads, CDU, erläutert der Vertreter der ASEAG, Herr Büttner-Zedlitz, dass die Streckenführung der Schnellbusse bis Stadtmitte aus Kostengründen erst zum Fahrplanwechsel 2011 durchgeführt werden. Eine frühere Umstellung wäre nur mit Kostenbeteiligung der Stadt möglich gewesen.

11.6 RM Kirch, CDU, bittet, den Bewuchs im Vichtbach zu überprüfen, damit es bei plötzlichem Hochwasser nicht zu vermeidbaren Überschwemmungen kommen kann.

Herr Braun, FB 2, teilt mit, dass die jetzige Wuchshöhe keine Gefahr für Hochwasser darstellt. Das Bachbett wird darüber hinaus regelmäßig kontrolliert. Dennoch werde er das Anliegen weitermelden.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

1.1 Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

1.2 Es wurden keine Anfragen aus aktuellem Anlass gestellt.

Nachdem keine Wortmeldungen vorlagen, schloss der Vorsitzende, Herr Hansen, die Sitzung um 20.07 Uhr

Josef Hansen
Vorsitzender

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

Anlage 1) Anwesenheitsliste

Anlage 2) Ergänzungen der CDU-Fraktion zu TOP A) 8. "P+R-Parkplatz", Niederschrift ASVU vom 02.09.2010

Anlage 3) Ergänzung Chronologie z. TOP A) 4

Anlage 4) Information über erteilte Baugenehmigungen in der Zeit vom 01.06. bis 30.08.2010

zur Niederschrift über die Sitzung des **Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt**

Sitzungskennziffer: **XVI/11**

Tag der Sitzung: **Donnerstag, 07.10.2010**

Sitzung: **Stolberg, Rathaus - Kleiner Sitzungssaal, Zi. 143**

Dauer der Sitzung: *18.00 Uhr bis 20.07 Uhr*

Unterbrechungen: *keine*

lfd.Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
---------	------	----------------	--------------

SPD-Fraktion

1.)	Hansen, Josef (Vorsitzender)	Kaußen, Paul Heinz	<i>Hansen</i>
-----	-------------------------------------	-------------------------------	---------------

2.)	Bougé, Karl-Josef (sk. B.)	Weinstein, Boris (sk. B.)	<i>Bougé</i>
-----	----------------------------	--------------------------------------	--------------

3.)	Engels, Rolf	Nießen, Hildegard	<i>Engels</i>
-----	--------------	------------------------------	---------------

4.)	Jussen, Peter (1. stv. Vors.)	Steg, Hildegard	<i>Jussen</i>
-----	-------------------------------	----------------------------	---------------

5.)	Müller, Wolfgang (sk. B.)	Reitze, Jochem (sk. B.)	<i>Müller</i>
-----	---------------------------	------------------------------------	---------------

6.)	<i>van Emelen, Harry</i> van Emelen, Harry (sk. B.)	Wolf, Dieter	<i>van Emelen</i>
-----	---	-------------------------	-------------------

CDU-Fraktion

7.)	Blau, Albert (sk. B.)	Schmitz, Wolfgang (sk. B.)	<i>Blau</i>
-----	-----------------------	---------------------------------------	-------------

8.)	Bonnie, Rainer (sk. B.)	Weber, Wolfgang (sk. B.)	<i>Bonnie</i>
-----	-------------------------	-------------------------------------	---------------

9.)	Creyels, Bernhard	Berghausen, Klaus	<i>Creyels</i>
-----	-------------------	------------------------------	----------------

10.)	Hennig, Martin (sk. B.)	Grüttemeier, Gerd (sk. B.)	<i>Hennig</i>
------	-------------------------	---------------------------------------	---------------

11.)	Kirch, Paul (2. stv. Vors.)	Pietz, Siegfried	<i>Kirch</i>
------	-----------------------------	-----------------------------	--------------

12.)	Konrads, Adolf	Matheis, Kunibert	<i>Konrads</i>
------	----------------	------------------------------	----------------

F.D.P.-Fraktion

13.)	<i>El-Deib, Khaled</i> El-Deib, Khaled (sk. B.)	Bins, Hubert (sk. B.)	<i>El-Deib</i>
------	---	----------------------------------	----------------

Bündnis 90/Die Grünen

Walter Krings

14.)

~~Ingermann, Dr. Josef (sk.B.)~~

Dr. Josef Ingermann

Fraktion Die LINKE

15.)

~~Pruseit, Mathias~~

Jilk, Anita

mit A.

Sachkundige Einwohner: (nur beratend)

16.)

~~Metzen, Josef~~

Flamm, Günter

Flamm Günter

Es fehlen (entschuldigt oder unentschuldigt):

1.)

Josef Metzen

3.)

2.)

4.)

Teilnehmer der Verwaltung:

1.)

Jüsterwald 30/32

10.)

2.)

30/32

11.)

3.)

12.)

4.)

A. P. P. F. B. A.

13.)

5.)

G. Ges AG 1

14.)

6.)

163

15.)

7.)

AG 1

16.)

8.)

F. B. 2

17.)

9.)

41/10

18.)

Anlage 2)

Niederschrift vom Tag der Sitzung vom 02.09.2010

Wir bitten um Ergänzung unter TOP 8 P+R Platz Hauptbahnhof

- Durch die Umplanung fallen 12 Stellplätze weg.
 - Wir bitten die Stellplatzanzahl in der Niederschrift zu vermerken

- Zur Niederschrift sollte das Ergebnis der Prüfung vorliegen, inwieweit die Fehlplanung und die daraus folgende Nachbesserung Zuschussschädlich ist.
 - Wir bitten die ausstehende Beantwortung zu vermerken

- Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme war mit „kurzfristig“ angegeben?
 - Wir bitten um entsprechenden Vermerk

Ergänzung der Chronologie „Anna-Klöcker-Straße“ (ASVU, 7.10.10; TOP 4):

- 06.10.10 Anwohnerversammlung auf Einladung der Banken; Information der Anwohner über weiteres Vorgehen; Vortrag des Gutachters; Stadt wird nicht eingeladen
- 07.10.10 Telefonische Auskunft des Gutachters gegenüber FB 1 über Anwohnerversammlung und weiteres Vorgehen:
- die Sanierung (Verpressung/Untergrundsicherung) der Straßen- und der Spielplatzflächen ist abgeschlossen;
 - für die noch nicht bebauten Baugrundstücke wird die BAG in Kürze die Sanierung beauftragen;
 - die bebauten unmittelbar betroffenen Grundstücke innerhalb der Verbruchzone, Hausnrn. 6,10,13,15, 30, ggf. 17 (Garage), soll eine Sanierung im Auftrag der VR-Bank erfolgen, hierzu gibt es jedoch noch keine genaueren Angaben bzgl. Auftrag, Zeitplan...; bei Hausnrn. 13 u. 15 muss noch ermittelt werden, wie weit die abgebauten Lagerstätten nach Osten reichen;
 - nach Sanierung sind die Gebäude sicher, keinerlei Einschränkungen gegenüber „normalen“ Grundstücken, dies wird auch zertifiziert („im Ruhrgebiet Tagesgeschäft“);
 - eine akute Gefahr besteht derzeit nicht
 - für alle Häuser, die nicht innerhalb des „Gefährdungsbereiches“ liegen, möchte die VR Bank ebenfalls ein Untersuchungsprogramm durchführen, um jegliche bergbaubedingten Gefahren auszuschließen, auch wenn dies nach Aussage des Gutachters nicht zwingend erforderlich sei; alle Häuser erhalten Zertifikat;
 - Problem sind ggf. Schäden oder „Gefahren“, die durch andere Faktoren verursacht sind und dem Bergbau „angelastet“ werden, wie allgemeine Bauschäden, Setzungsrisse, mangelhaft untersuchter Baugrund bzw. ungeeignete Gründung (Verantwortlichkeit bei Bodengutachter/Architekt des Einzelbauherren);
 - Vorab soll durch einen unabhängigen Gutachter eine Beweissicherung erfolgen;
 - die drei östlich gelegenen Schächte (Bereich Spielplatz) wurden gefunden; diese waren nicht sehr tief und mit Lockermaterial verfüllt; bei der Sanierung wurden auch diese verpresst und standsicher gemacht;
 - die beiden westlich gelegenen Schächte (unbebaute Grundstücke), werden im Zuge der Sanierung der unbebauten Grundstücke ebenfalls aufgesucht und standsicher gemacht.